

Speyer, 30. April 2020

## **Die Corona-Krise und ihre Auswirkungen** **Appell zu nachhaltigen Entscheidungen in Politik und Wirtschaft**

«Sehr\_geehrte» «Name»,

die Politik zeigt in der Corona-Krise, dass sie handlungsfähig ist. Sie als Politikerin oder Politiker haben weitreichende Maßnahmen beschlossen, die vor ein paar Wochen noch undenkbar schienen, um die Ansteckungsraten zu senken und damit Leben zu retten. Um den daraus folgenden wirtschaftlichen Abschwung abzufedern, hat der Bundestag am 25. März 2020 ein in diesem Umfang beispielloses Maßnahmenpaket beschlossen. Das ist richtig und wichtig, damit die gesundheitliche keine gravierende soziale Krise wird.

Damit hat die Politik das Ziel, Leben zu schützen in den Mittelpunkt ihres Handelns gestellt. Sie hat das grundlegende moralische Prinzip über wirtschaftliche Interessen gesetzt. Es ist die große Stunde der Politik und des demokratischen Rechtsstaates. Denn weder der nationale noch der Weltmarkt hätten von sich aus Wege aus der Krise gewiesen, mehr noch, sie hätten die Krise verschlimmert: Selten ist so deutlich geworden, dass nur ein handlungsfähiger Staat Leben schützen kann, und dass dieser Schutz das zentrale Anliegen politischen Handelns sein muss.

Dies gilt nicht nur in der gegenwärtigen Corona-Krise. Sie wird irgendwann überwunden sein. Dies gilt auch und noch viel mehr im Blick auf den Zusammenhang von menschlicher und planetarer Gesundheit. Bisher hat die Politik die schleichende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, die sich in der Klimaerhitzung, der Zerstörung von Lebensräumen, im unwiederbringliche Aussterben von Arten, der Vergiftung und Vermüllung unserer Lebensgrundlagen zeigt, als Begleitschäden des utilitaristischen Kalküls hingenommen. Nun wird vielen bewusst, dass letztendlich nicht ein maximaler individueller Gewinn und oberflächliche Freiheit, sondern das Leben zählt, dass Solidarität uns trägt und nicht ein scharfer Wettbewerb.

Unsere Lebensgrundlagen zu schützen, ist essentielle Grundlage für den Schutz von Generationen. So ist die Luftverschmutzung nach den Berechnungen der Europäischen Umweltagentur jedes Jahr für über 400.000 vorzeitige Todesfälle in Europa verantwortlich<sup>1</sup>. Die ökologischen Schäden bedrohen unsere Gesundheit heute schon in gravierendem Ausmaß, sie berühren uns alle direkt in unserem Alltag, auch wenn das nicht immer bewusst ist.

---

<sup>1</sup> <https://www.eea.europa.eu/de/highlights/luftverschmutzung-in-europa-nach-wie>

Leben schützen, dies gilt in der Corona-Krise als Maßstab für das politische Handeln. Wir bitten Sie, das politische Handeln auch jenseits der aktuellen Krise an diesem ethischen Maßstab auszurichten:

1. Die Bewältigung der Folgen der Pandemie mit einem exponentiellen Verlauf darf nicht dazu führen, die exponentielle Kurve der lebensbedrohenden ökologischen Krise zu befeuern. Die Recovery-Programme und der wirtschaftliche Abschwung werden zu einer massiven Verschuldung aller Staaten führen. Es ist abzusehen, dass eine staatliche Lenkung in diesem Ausmaß kaum wiederholbar sein wird. Nach der Sicherung von wirtschaftlichen Existenzen müssen die angekündigten enormen Konjunkturprogramme daher unbedingt gleichzeitig für die Große Transformation eingesetzt werden. Auf europäischer Ebene muss das Recovery-Paket mit dem Green Deal verknüpft werden, auf regionaler Ebene mit den entsprechenden Zielsetzungen für eine ökologische und soziale Nachhaltigkeit. An dem übergeordneten Zielrahmen von SDGs, der Resilienz des Sozialsystems, des Klimaschutzes und der Biodiversität sind sie auszurichten.
2. Dank einer gelungenen Ansprache der Bevölkerung durch die Politik trägt die überwiegende Zahl der Bürgerinnen und Bürger die Corona-Schutzmaßnahmen mit und setzt sich in Eigeninitiative für einen verantwortungsvollen Umgang und Hilfen für die Nächsten ein. Die klare Ansage der Politik, dass das Verhalten jeder und jedes Einzelnen zählt, ist angekommen. Diese Kommunikation ist auch in der Umweltkrise notwendig, um die Einzelnen in ihre Verantwortung zu nehmen. Die derzeitige Situation ist ermutigend für politisch Verantwortliche, weil sich eine für existentielle Fragen, zu denen auch Umweltfragen gehören, in großen Bereichen offene und reife Gesellschaft zeigt. Durch die aktuelle Krise ist bewusster geworden, dass sich die globale Vernetzung in alle Lebensbereiche auswirkt: Wir sind bis in unsere individuelle Gesundheit verbunden mit der Weltgemeinschaft. Zurückgespiegelt heißt dies, dass unsere Solidarität nicht an den Grenzen unseres Staatsgebietes oder bei unseren politisch verbundenen Partnern enden kann<sup>2</sup>. Dies nimmt die zahlreichen Gesundheitsgefährdungen durch Umweltbelastungen in den Blick, die wir durch unseren Lebensstil und die effizienzgetriebene Wirtschaft mit verursachen. So sterben durch den Einsatz von Pestiziden nach einem Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung jährlich 200.000 Menschen vornehmlich im globalen Süden an akuten Vergiftungen<sup>3</sup>. Die Initiative für ein Lieferkettengesetz steht in diesem Zusammenhang in einem neuen Licht, welches die Widerstandsfähigkeit auf Grundlage der Menschenrechte gerade der verletzlichsten Menschen gegenüber Krisen stärken kann.
3. Die aktuelle Situation zeigt die Notwendigkeit, eine breite gesellschaftliche Debatte anzustoßen: Was ist uns für ein gutes Leben wichtig? Wie sieht Schule in Zukunft aus? Wie möchten wir in Zukunft arbeiten? Wie sieht ein Wirtschaftssystem aus, welches die planetaren Grenzen und die menschliche Würde achtet? Wie sieht ein neuer Gesellschaftsvertrag aus? Momentan ist die Bereitschaft für neue Denkmuster hoch. Die Politik kann und muss diese Fragen aufgreifen. Die Verwerfungen dieser Zeit zeigen, dass diese Debatten sich schnell in realen Veränderungen niederschlagen können, sobald die Notwendigkeit gesehen wird. Diese Notwendigkeit ist bei der globalen Umweltkrise offenkundig.

Es geht nicht um die Konkurrenz und den Vergleich von Krisen. Leben kann man nicht aufwiegen. Es geht darum, dass wir nicht den Reflexen in Krisen nachgeben und uns als Angstreaktion mit der geballten Wirtschaftsmacht scheinbar wieder in einer Sicherheit wiegen, die es nicht gegeben hat. Möglichst schnell in das alte, Natur und Menschen überfordernde System zurückzukehren, wird die exponentiellen Kurven dieser anderen Krisen anfeuern. Der Staat kann jetzt mit einem neuen Weitblick und einer neuen Handlungssouveränität seine Gestaltungsmacht einsetzen, im Sinne der Förderung des Lebens.

---

<sup>2</sup> <https://www.germanwatch.org/de/18535>

<sup>3</sup> <http://www.db.zs-intern.de/uploads/1489042602-ElverPesticides.pdf>

Die jüngere Generation zeigt sich derzeit unglaublich solidarisch mit der älteren. Nun ist es Zeit, dass wir alle uns solidarisch mit der jüngeren und den noch kommenden Generationen verhalten.

Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Bereitschaft, unsere Anliegen zu unterstützen, und stehen Ihnen jederzeit zum Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dorothee Wüst  
Oberkirchenrätin



Franz Vogelgesang  
Domkapitular



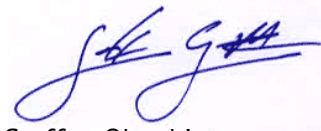
Sibylle Wiesemann  
Umweltbeauftragte



Christoph Fuhrbach  
Referent für Weltkirche



Detlev Besier  
Pfarrer für Frieden und Umwelt



Steffen Glombitza  
Umweltbeauftragter

**Evangelische Kirche der Pfalz**  
(Protestantische Landeskirche)  
Domplatz 5  
67346 Speyer

**Bistum Speyer**  
Bischöfliches Ordinariat  
Kleine Pfaffengasse 16  
67346 Speyer

Verteiler:

- Pfälzische Abgeordnete im Landtag Rheinland-Pfalz
- Saarpfälzische Abgeordnete im Landtag des Saarlandes
- Pfälzische und saarpfälzische Bundestagsabgeordnete
- Pfälzische und saarpfälzische Abgeordnete im Europaparlament